

Er scheint  
Montag, Mittwoch,  
Donnerstag und  
Samstag.  
Preis vierteljährlich  
hier mit Ledgerlohn  
90 J. im Bezirk 1. A.  
außerhalb d. Bezirks  
1 M. 20.  
Monatsabonnement  
nach Verhältnis.

# Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

73. Jahrgang.

Insertions-Gebühr  
f. d. einseitige Zeile  
aus gewöhnl. Schrift  
oder deren Raum bei  
einmalig. Anordnung  
9 J. bei mehrmalig.  
je 6 J.

Gratisbeilagen:  
Das Blaubeckische  
und  
Schwab. Landweid.

Nr. 158.

Nagold, Montag den 10. Oktober

1898.

Am 7. Okt. ist von der Gung. Oberschulbehörde die zweite Schullehrer in Pfalzgrafenweiler dem Schullehrer Kaspar baselst und die Schullehrer in Hochdorf, Bez. Nagold, nachdem Schullehrer Fein in Bernloch auf sein Aufsuchen derselben entlassen wurde, dem Schullehrer Hermann in Oefchingen, Bez. Mottenburg, übertragen worden.

Gestorben: Rudolf Ruthardt, Hauptmann z. D. und Bezirkskommandant, Baden-Baden-Oberingen. — Jakob Dahl, Besitzer der Schlossbrauerei zu Traustadt (Unterfranken), aus Württemberg. — W. Emil Fein, Gründer und Inhaber der Firma C. und G. Fein, elektrotechnische Fabrik, 56 J. a., Stuttgart. — Dr. Otto Schumann, Tübingen.

## Der unlautere Wettbewerb und das Klame-wesen.

† In der Konferenz, welche die Delegierten der kaufmännischen und gewerblichen Vereine Deutschlands in den letzten Tagen in Leipzig abgehalten haben, stand als zweiter Punkt auch die „unlautere Klamepresse“ auf der Tagesordnung und führte auf Grundlage der Berichte der Referenten Herren Syndikus H. Bilz aus Leipzig und Rechtsanwalt Jakobien aus Hamburg zu schwerwiegenden Erörterungen und Beschlüssen in dieser heiklen Frage. Wenn wir nun auch dafür sind, daß die Ausführungen des Herrn Rechtsanwalt Jakobien in Bezug auf die gemeinschädlichen Einwirkungen der Klamepresse bei ausländischen Anleihen und hinsichtlich der Forderung, daß jeder Redakteur wissen müsse, was unter unlauterer Klame zu verstehen sei, übertriebene Klagen und Forderungen enthalten, so ist doch der Vortrag des Herrn Syndikus Bilz eine zu lehrreiche Charakteristik des modernen Geschäftsverkehrs und des unlauteren Wettbewerbs durch Mißbrauch der Klame, daß derselbe zur Beachtung weiter verbreitet zu werden verdient, zumal Herr Syndikus Bilz beweist, daß das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb den Klame-schwindel in einem wichtigen Punkte ganz straflos lasse. Herr Bilz führte aus, daß man immer geglaubt habe, daß § 1 des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs eine wirksame Abhilfe bringen und die unlautere Klame von der Straße und aus der Presse verdrängen werde, in dessen hat sich diese Hoffnung nach neuen Erfahrungen bis jetzt überall als trügerisch erwiesen. Das Gesetz hat der unlauteren Klame ein bequemeres Hinterbüchlein gelassen. Es bestraft unrichtige Angaben tatsächlicher Art, die den Anschein eines besonders günstigen Angebots hervorzurufen, aber es läßt straflos sogenannte „allgemeine Anpreisungen“, und die letzteren sind ebenso schädlich als gefährlich für den Geschäftsverkehr wie die ersteren. Nach den Motiven des Gesetzes sind Urteile wie „billigste Bezugsquelle“, „dauerhafte Stoffe“, „Leberrreibungen wie „am Plage noch nicht dagewesen“, nicht verurteilbar. Eine ganze Reihe von gerichtlichen Entscheidungen hat gezeigt, daß ein Ausbau, nicht Umbau oder Anbau des Gesetzes von Nöten ist. Nun ist man denn auch bereits an maßgebender Stelle darüber einig geworden, daß eine Revision des Gesetzes unausbleiblich ist. Referent befürwortet eine Abänderung des Gesetzes, daß in § 1 nach den Worten, unrichtige Angaben „tatsächlicher Art“ hinzugefügt wird, daß, wer wahrheitswidrige allgemeine Anpreisungen und Leberrreibungen macht, welche geeignet sind, den Anschein eines besonders günstigen Angebots her-

vorzurufen, ebenfalls zu bestrafen ist. Die marktfeiereische Klame erhebt ihr Haupt immer noch lähn. Es gilt nun, eine Reinigung der Angelegenheit vorzunehmen; freilich nur gewisse Blätter kommen in Betracht. An eine Ausrottung der Klame ist heute wohl noch nicht zu denken, auch wird niemand die handelswirtschaftliche Bedeutung einer soliden Klame bestreiten, aber die unlautere Klame muß schwinden. Gewisse solide Zeitungen haben so wie so schon einen Widerwillen gegen diesen Klame-schaden des Geschäftslebens. (Siehe Artikel und Anzeige „Kaufet am Plage“ in Nr. 143 und 145 d. Bl. D. Red.) Die Pflicht der einzelnen Schupvereine wird es sein, nicht nur sich mit den Inseraten, sondern auch mit den Zeitungsredaktionen ins Benehmen zu setzen. Und so empfiehlt sich folgende Resolution: Das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs vom 27. Mai 1896 hat sich als ohnmächtig erwiesen, die unlautere Klame zu beseitigen. Was es als „allgemeine Anpreisung“ straflos läßt, charakterisiert sich zu meist ebenfalls als unlauterer Wettbewerb. Der § 1 des Gesetzes bedarf, um dem zu begegnen, einer anderen Fassung.

## Tages-Neuigkeiten.

Deutsches Reich.

Nagold, 7. Okt. Zu dem Eisenbahn-Unfall wird amtlich mitgeteilt: Der Güterzug 976 ist heute zwischen Gänbringen und Hochdorf liegen geblieben und wurde in 2 Abteilungen nach Hochdorf gefahren. Beim Abholen der 2. Abteilung fuhr die Lokomotive so heftig auf diese, daß 3 Wagen entgleisten. Zugführer Greiner von Calw wurde schwer verletzt. Der Unfall hatte eine Betriebsstörung von 2 Stunden zur Folge.

\* Nagold, 10. Okt. Es war ein kleines aber vergnügtes Häuflein Museumsmitglieder, das sich am Samstag abend im Gasthof z. Hirsch zur Herbstfeier zusammensand. Es herrschte von Anfang bis zu End eine gemüthliche Stimmung, welche durch die schönen Musikvortrüge der Tübinger Kapelle und die gemeinsam gesungenen Lieder noch bedeutend gehoben wurde. Nach beendigtem Programm folgte ein Lächeln, dem eifrig gehuldigt wurde.

Stuttgart, 6. Okt. (Korresp.) Sozialdemokratischer Parteitag. (Vormittags-Sitzung.) Kloß eröffnet die Sitzung 9 Uhr 55 Min. und verliest vorerst die Einläufe. Ueber den Bergarbeiterschutz referiert Sachse-Zwickau, er bespricht die bisherigen Bestrebungen zum Schutze der Bergleute. Redner weist an der Hand von Zahlen nach, wie groß die Steigerung der Unglücksfälle speziell in Deutschland ist. Er fährt aus, daß die Vorschriften zum Schutze gut seien, aber deren Ausführung sei eine mangelhafte. Nicht richtig, ja läghhaft sei die Behauptung, die meisten Unglücke kämen am Montag vor, wobei man also durchblicken lasse, daß die Arbeiter die Schuld treffe; es sei aber nachgewiesen, daß am Sonnabend die meisten Unfälle vorkommen. 1896 seien von sämtlichen Bergwerken von 1000 Arbeitern 2,18 Prozent verunglückt. Der Hauptnachteil sei die Inspektion, die viel zu wenig vorgenommen werde; im letzten Jahr seien von 1296 Bergwerken nur 557 inspiziert worden. Dann rügt er die zu freundschaftlichen Beziehungen der In-

spektionen mit den Leitern der Bergwerke, wodurch manches vertuscht werde, natürlich zum Schaden der Arbeiter. Redner giebt ein Bild der großen Gefahren, denen die Bergarbeiter ausgesetzt sind. Wenn man höre, daß im Jahre 1895 die Dividende 5 1/2% durchschnittlich betrug, und im Jahr 1897 gar ca. 11% Dividende in der Bergwerksindustrie bezahlt wurden, so werde man wohl verlangen können, daß für den Schutz besser gesorgt würde. Die preussische Regierung hatte nun eine Kommission nach England geschickt, um dort die Schutzmaßregeln zu studieren, doch seien die Bergwerksbarone sehr gegen eine Verbesserung der Bergweildinspektion, vor allem dagegen, daß aus dem Vergleuten selbst Inspektionsbeamte genommen würden. Das Knappschaftswesen müsse absolut geregelt werden und unbedingt müsse ein Reichsberggesetz geschaffen werden. Redner empfiehlt dann die unten folgende Resolution. Bei einer jährlichen Ausgabe von ca. 1/2 Millionen könnte für Leben und Gesundheit der Vergleute in der angegebenen Weise gesorgt werden und diese Ausgabe sei doch sicher klein im Vergleich zu den Ausgaben für den Militarismus etc., Redner bespricht dann die Reform des Knappschaftswesens und der Knappschafts-pensionklassen, wie solche bereits in Sachsen bestehen und verlangt dieselbe für das ganze Reich. Er bittet dringend um einstimmige Annahme der Resolution. (Bravo.) Die Resolution lautet: Die ständig an Intensität zunehmende großkapitalistische Gewinnung der Erdschätze (Kohlen, Erze, Salze etc.) hat für die dabei beteiligten Arbeiter eine außerordentliche Zunahme der Unfallgefahr zur Folge. Seitdem die deutschen Bundesstaaten, von der Mitte bis zum letzten Drittel dieses Jahrhunderts an, allmählich das Direktionsprinzip (Leitung der Gewinnungsarbeiten im Bergbau nur durch staatliche Betriebsbeamte und Anlegung und Ablegung der Arbeiten staatlischerseits) aufgaben, also den Grubenbetrieb für das Privatkapital freimachten, nimmt auch die Zahl der im Betrieb getödeten und verletzten Bergarbeiter rapide zu, wie die amtlichen Statistiken lehren. Da heute im Sinne der verschiedenen deutschen Berggesetze, (z. B. der §§ 198 und 199 des Allgemeinen Preussischen Berggesetzes vom 24. Juni 1865/1892) gehandhabte Beaufsichtigung der Bergwerke durch die staatlichen Kontrollbeamten, hat die Zunahme der Betriebsunfälle nicht hindern können. Unsere heutige Berginspektion ist, wie die in den letzten Jahren sich häufenden Massenunglücke im deutschen Bergbau und die dabei an Tagelicht gebrachte Unzulänglichkeiten der größten Kontrolle klar erwiesen, nicht in der Lage, den Bergmannstand vor zunehmender Lebensgefahr zu schützen. Auch die Ergebnisse der Krankheitsstatistik (Knappschafts- und Pensionistenberichte) der Vergleute lassen erkennen, daß eine energische Aenderung des heute herrschenden Ausbeutungssystems in der heimischen Grubenindustrie im Interesse der Knappen dringend nötig ist. In Anerkennung dieser durch die öffentliche Kritik besonders im letzten Jahrfaßt als unanfechtbar bewiesenen Thatfachen erklärt der Parteitag: Eine gründliche Reform der Berggesetzgebung in Deutschland ist eine dringende Notwendigkeit, damit Leben und Gesundheit der Vergleute nach Möglichkeit geschützt sind. Grundlinien dieser Reform sollen sein: 1. Festsetzung einer Arbeitszeit von höchstens 8 Stunden, Ein-

## Ein Diner beim Fürsten Putbus auf Rügen.

Von Arnold Wellmer.

(Eine Erinnerung an Fürst Bismarck aus dem Jahre 1867.)

(Fortsetzung.)

„Ich habe da von ureigenen, patriarchalischen Sitten auf Mönchgut gehört“, sagte der Graf, „was hat das mit der blauen Schürze für eine Verwandtnis?“

„Diese originelle Volkssitte ist nun auch fast verschollen“, entgegnete ich, „sie, wie alles echt volkstümliche, verkriecht sich vor dem Lächeln der spottschätigen Welt immer tiefer, bis man sie zuletzt gar nicht mehr wieder finden kann. Ich wanderte noch in diesen Tagen durch Mönchgut und fragte auch nach der blauen Schürze. Die Leute sahen mich groß an und dachten, ich wollte sie zum Besten haben. Endlich traf ich eine uralte Frau — die hatte einst selber ihre blaue Schürze vor die Hausthür gehängt. Sie erzählte mir auch davon. Die Mönchguter heiraten nur untereinander; man findet darum einflurige Namen auf der ganzen Halbinsel immer wiederkehrend. Wenn nun ein Mönchguter Mädchen der alten Zeit ein kleines Heiratsgut hatte, eine Hütte oder auch nur ein Veringsboot, so war sie dadurch berechtigt, sich selber einen Mann zu wählen. Wollte sie die „Frijagd“ — ihre Jagd auf einen Freier beginnen, so hängte sie ihre blaue Schürze vor die Hausthür und stellte sich selber hinter die Thür. Die heiratslustigen Burtschen gingen dann in ihrem besten Zuge im langen Zuge — einer nach dem andern — an der blauen Schürze vorüber . . . bis der Rechte kam,

— da lief die Freijägerin geschwind hinaus, schlang ihre Arme um seinen Hals — und nach drei Wochen war Hochzeit!“

„Das ist wenigstens ein ebenso einfacher, als ehrlicher Prozeß, um das Mädchen glücklich an den Mann zu bringen!“

„Und doch nicht immer glücklich, Excellenz — da habe ich von meinen Streifereien durch Mönchgut kürzlich ein kleines plattdeutsches Gedicht „Der Frijagd“ heimgebracht, das . . .“

„Plattdeutsch? — o das liebe ich sehr. Das ist noch ein Nachklang aus meiner Jugend, in der ich häufig auf dem väterlichen Gute Kniephof bei Rangard in Pommern zum Besuche war. Auch meine Frau kultiviert das Plattdeutsche mit Vorliebe und liest es prächtig vor. So verdanken wir Reuters naturwüchsigem plattdeutschen Geschichten auch hier auf Rügen, da ich mich häufig schonen muß, manche frohe Stunde. Augenblicklich lesen wir „U mine Stromtid“ mit vielem Vergnügen. Und nun ihre Frijagd!“

„Hier ist sie:

Min blage Schört hängt vör dei Dör,  
Dat hätt min Mutte dahn,  
Mi is dat Hart so weich um schwer,  
Un möt gepuyt hier stahn.

Ich schul woll dörch bei Dörentig,  
Min Mutte steiht bi mi,  
Behl Burtschen in ehren Sündagsbüllig  
Gahn an dei Schört dördi.

Arm Niklas deiht so traurig gahn —  
O, dörfst id rut in Hast,  
Dei Arm' om minen Leivsten schlahn —  
Min Mutte hölt mi fast!

Dei riele Michel folgt heran —  
Min Mutte lödt mi rut —  
Dat Hart so weich — in'n Dog dei Thron  
— Un id bin Michels Brut!“

„Die uralte Geschichte, die immer neu bleibt, also auch schon auf dieser von der Kultur so wenig besetzten Erdscholle — o weh! tout comme chez nous! Sie sprechen das Plattdeutsche aber sehr geläufig!“

„Es ist meine Muttersprache, Excellenz, französisch und englisch kann man wie ein Franzose und Engländer sprechen lernen — aber das Plattdeutsche muß man schon beim ersten Fallen üben!“

„Mir sind stets Vergleichen des Plattdeutschen mit dem Hochdeutschen interessant gewesen“, bemerkte der Graf, „und gern forsche ich den Wandlungen nach, die das Hochdeutsche zu bestehen hatte, ehe es sich aus dem Altddeutschen Platten zu seiner jetzigen Form entfalten konnte. Originell ist, mit welcher ängstlichen Gewissenhaftigkeit das Hochdeutsche die Vokale des Plattdeutschen geradezu umkehrt: z. B. Brut in Braut und dann wieder im Gegensatz dazu: Bauf in Buch!“

„Also auch für Sprachforschungen findet der Ministerpräsident Zeit — und wie kauft er diese Zeit aus?“

(Schluß folgt.)

und Ausfahrt eingeschlossen. Uebersichten, welche nicht zur Fortführung des Betriebes nötig, sind zu verbieten. Wo die Temperatur in den Grubenräumen + 28° C. übersteigt, muß die Schichtdauer auf 6 Stunden ermäßigt werden. 2. Abschaffung des Akkordsystems für unterirdische Arbeiten. 3. Männlichen Arbeitern unter 18 Jahren ist die unterirdische und Frauen überhaupt jede Grubenarbeit zu verbieten. 4. Vermehrung der Grubenkontrollen aus den Reihen der Bergarbeiter; auf höchstens 100 Mann der Belegschaft soll ein Arbeiterinspektor kommen. Diese Hilfsinspektoren sind von den Arbeitern zu wählen und vom Staate zu bezahlen. 5. Für mit Schlagwetter-Böfen behaftete Grubenräume sind dafür vorgesehene Wetterbeamte anzustellen. 6. Errichtung zweckentsprechender Waschanstalten (Einzelbrausebäder) und Mannschaftsküben (Kauen). Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion. Den Erlaß eines deutschen Berggesetzes im Sinne dieser Forderungen zu beantragen. So lange aber eine reichsgesetzliche Regelung des Bergarbeiterschutzes nicht eingetreten ist, sollen die sozialistischen Abgeordneten der bergbau-treibenden Bundesstaaten in den respektiven Landtagen für eine Reform der Landesberggesetzgebung in obigem Sinne herbeizuführen suchen. Agster-Statzart bittet die Resolution ohne Debatte anzunehmen. Bebel-Berlin ist bei Wichtigkeit der Sache sehr für die Diskussion, ihm wird Folge geleistet. Schmidt-Essen (Vertreter der Ruhrbergleute) bittet ebenfalls darum, daß die Fraktion die Einbringung eines allgemeinen deutschen Berggesetzes beschleunige. Er beklagt ebenso die Mangelhaftigkeit der bestehenden Bergwerksinspektion. Horn-Niederhasslau legt großen Wert darauf, daß die Mißstände im Bergbau auf dem Parteitag besprochen werden, er dankt für Bebel's Anregung im Jahre 1890, die Sache der Bergleute an die Öffentlichkeit zu bringen, ohne welche keine Abhilfe geschafft werden könne. Morawski-Berlin (Posen) schildert die ober-schlesischen Zustände in den Bergwerken, berührt das große Unglück auf Cleophasgrube und rügt den Mißstand der kapitalistischen Vertrauensärzte. Dr. Winter-Deutzen, die Montanindustrie sei die wichtigste von allen, da von ihr alle anderen Industrien abhängen. Oberschlesien sei bis vor kurzem eine terra incognita gewesen. Die Zahl der Unglücksfälle sei mehr gewachsen als die Zahl der Arbeiter; in den letzten 4 Jahren seien 33 000 Unglücksfälle vorgekommen. Das Knappschichtsystem sei in Oberschlesien ganz besonders geartet; die Rechte hätten die Besitzer, die Pflichten aber lediglich die Arbeiter. Allein von der Cleophasgrube bezieht die Besitzer 1/2 Million Abgaben, der Staat wolle keine Abgaben. Die Qualität der ober-schlesischen Bergbeamten (unter denen es solche gebe, die nicht einmal lesen und schreiben können) sei eine ganz schlechte; es herrsche ein so schlimmer Ton, daß die Unterbeamten noch mit dem Stock hinter dem Arbeiter stehen. Thiele-Halle fährt aus, welche unendliche Summe von Geld in den Kreisen herrsche, wo der häßliche Gruß „Glück auf“ gebraucht werde; das beweisen die traurigen Lohnverhältnisse. Es komme vor, daß Obersteiger sich von Leuten mit Steinen und Material, das sie haben stellen lassen, Häuser bauen. Redner ländigt für den nächsten Winter eine Broschüre an. Die Kosten für einen weitgehenden Arbeiterschutz seien leicht aus den hohen Gewinnen zu decken; der Gewinn z. B. im Mansfelder Bezirk betrage soviel wie für Löhne ausgezahlt werde. Nehmen sie die Resolution für die Gebrüder an. (Bravo.) Greiner-Mecklenburg will auch einen größeren Schutz für die Arbeiter während der Arbeit. Ein Beweis, wie das Wort der Arbeiter im Bergbau aufgebracht werde, sei es, daß ein Arbeiter im Alter von über 30 Jahren sich nur schwer entschließt, sich noch als Bergarbeiter einstellen zu lassen. Morin-Jeh schildert die Schwierigkeiten in den Braunkohlenbergwerken, die größer seien, als in Steinkohlenbergwerken. Knoop-Frankfurt bespricht die Gemütsverwundung der Obersteiger und die mißlichen Lohnverhältnisse. Hier zeige sich am meisten, wie wenig gerade das Zentrum in seinen Distrikten für die Arbeiter thue. (Bravo.) Schmitt-München illustriert die bayr. Bergwerksverhältnisse. Ein Bergwerksdirektor hätte gesagt, man müsse von dem Arbeiter das Unmögliche verlangen, um das Mögliche zu erreichen. Die Schutzvorrichtungen in den bayr. Bergwerken sprachen jedem menschlichen Gefühl Hohn. Schrader-Osnabrück fährt aus, daß der diesjährige Osnabrücker Ausstand genaugen beweise, wie nötig ein Reichsgesetz sei. Nur um sich gefügige Arbeiter zu schaffen, habe man dort die kostbaren Maschinen z. verkaufen lassen. Die Resolution wird einstimmig angenommen. Ueber „Deutsche Zoll- und Handelspolitik“ referiert der Berichterstatter. Schippel-Berlin: Er verweist zuerst auf seine Resolution, welche lautet: Der Parteitag sieht in der nach dem Sturze des Fürsten Bismarck eingeleiteten Handelsvertragspolitik einen wesentlichen Fortschritt gegenüber den früheren internationalen Weltverträgen nach immer neuen gegenseitigen Zollherdhungen. Das Interesse der deutschen Arbeiterklasse erfordert auch für die Zukunft nicht nur die möglichste Sicherstellung unserer Ausfuhr durch umfassende vortragsmäßige Bindung der Auslandszölle, sondern auch die weitere Ermäßigung und schließlich Aufhebung aller unserer Lebensmittelszölle, welche gerade die ärmsten Schichten der Bevölkerung am schwersten bedrücken und in der Erhöhung ihrer Lebenshaltung hemmen. Jeden Versuch der vereinigten Industrie Agrar-Hochschütz-zöllner, die notwendige Revision unseres Zolltarifs zu neuen Zollsteigerungen zu benützen, wird die Partei mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen als einen Beutezug gegen die deutschen Arbeiter und Konsumenten, der zudem das Ausland zu feindlichen Gegenmaßnahmen herausfordern und zu erbitterten Zollkriegen führen muß. Redner spricht von Smith'schen Ansichten über Freihandel gegenüber den Ansichten der Sozialdemokratie, die sehr viel Verwandtes hatten. Napoleon III. habe auch den freihändlerischen Reformen gespielt. Man sage, Bismarck habe die Schutzzölle

gebracht, aber man müsse einen Menschen nicht derart verzerren, daß sei nicht sozialdemokratisch. Deutschland hätte immer eine mäßig schutzzöllnerische Politik getrieben. Die Schutzzölle seien in Republiken wie in monarchischen Staaten gekommen; der Schutzzoll habe immer einen reaktionären Anstrich. Man zitiere gerne Carl Marx, aber bei aller Achtung für diesen dürfe man nicht zu weit gehen. Die Freihändler in den Vereinigten Staaten seien nicht die Revolutionäre, sondern die Plantagenbesitzer. Freihändler seien diejenigen, die den Staat zurückhalten wollen, man müsse den nicht weniger als revolutionären Schutzzöllnern eigentlich danken für die Hebung der Industrie. Die Re-aktionäre seien gegen den Schutzzoll, welcher die Löhne in die Höhe treibe, die Freihändler seien die Liberalen der Gesellschaft. Der Konflikt zwischen Oesterreich-Ungarn komme von den Zöllen; da Ungarn keine Zollmauer gegen Oesterreich habe, benötige es andere Mittel, seine Industrie zu heben. Die sozialdemokratische Autorität Engel sei ebenfalls für Schutzzoll. Wie die Arbeiter zu den Schutz-zöllen stehen? Wo die Industrie groß sei, seien die Arbeiter dafür, wo sie klein, dagegen; es sei eine Lebensaufgabe der Arbeiter, Schutzzöllner zu sein. Selbst in Australien, wo am meisten für die Arbeiter vom Staate gefürchte, seien die Arbeiter samt und sonders Schutzzöllner. Man sei in Deutschland noch nicht so weit, schon jetzt den Handel freizugeben. Redner könne es nicht verantworten, für Freihandel zu stimmen und bittet seine Resolution anzunehmen und nicht diejenige von Rauck's. Redner verliest die Prinzipien des Abg. Rauck betr. Schutzzoll. Auch Rauck hatte sich in St. Gallen den Umständen gemäß für kräftigen Schutzzoll ausgesprochen. Schutzzoll oder Freihandel sei keine Klassenfrage. Redner bittet nochmals um Annahme seiner Resolution. (Großer Beifall.) Bebel-Berlin fährt aus, die Partei möge erst dann Stellung zu dieser Frage nehmen, wenn sie darüber genügend aufgeklärt sei und beantragt als Korreferent in der Sache den Genossen Rauck's aufzustellen. Dieser Antrag wird angenommen. Der Vorsitzende verliest noch einige Eingänge und macht aufmerksam auf eine Einladung des Lokalkomitees zu einer Festschlichtung auf heute nachmittag, weshalb die Nachmittags-sitzung ausfällt. Schluß der Sitzung 1 Uhr. Nächste Sitzung morgen 9 Uhr.

Ulm, 8. Okt. Gestern abend um 10<sup>1/2</sup> Uhr verurteilte das Schwurgericht das Urteil in Sachen des Öppinger Bahnltrawalles. Wegen Landfriedensbruch, Aufruhr und Aufruhr wurden zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt Eugen Schmauder und Friedrich Dählinger; zu neun Monaten Andreas Stöckle, zu je fünf Monaten Meier, Frey und Müller, zu je vier Monaten Hansch, Sch. Moroff, Seybold, Gebhardt, Siedle, Mann, und zu zwei Monaten Unger. Den meisten wurden zwei Monate Untersuchungshaft angerechnet. Freigesprochen wurden Hahn und Mankle.

Ulm, 7. Okt. (Korresp.) Im Chor des Münsters wird gegenwärtig der Fußboden aufgeschoben, um die Heizkanäle durchzugreifen. Hierbei fand man gestern einen kunstvoll gearbeiteten Zinnfarg, der laut eingraviertem Aufschrift die Gebeine eines Töchterchens des Herzogs Friedrich Philipp von Württemberg enthält. Das Kind starb im Alter von 1<sup>1/2</sup> Jahren hier in Ulm und wurde am 3. Juni 1633 im Chor beigelegt. Die Knochen, das seidene Leichentuch und die Reste eines Perlenkronchens zeigten sich noch erhalten. Laut einer im Archiv befindlichen Urkunde hat die Beisetzung fr. Jt. unter allgemeiner Beteiligung der Bevölkerung stattgefunden.

Pforzheim, 7. Okt. Der „N. B. Landesztg.“ wird von hier geschrieben: Eine Anzahl Hundebesitzer hatte es übersehen, ihre Tiere rechtzeitig zur Besteuerung anzumelden, obwohl der Termin hierzu im „Durchlacher Wochenblatt“, dem damaligen Amtsverköndiger für Pforzheim bekannt gegeben worden war. Die Folge waren Strafzettel von 5 M. Eine Anzahl der Bestrafften legte Verufung ein und das Schöffengericht sprach die Angeeschuldigten frei. Das Gericht ging dabei zweifellos von der Ansicht aus, daß durch Erhebung des „Durchlacher Wochenblattes“ zum Pforzheimer Amtsverköndiger wohl dem Buchstaben, aber nicht dem Geiste des Gesetzes gedient war. Die Staatsanwaltschaft hat Verufung ans Landgericht eingelegt.

Berlin, 7. Okt. Im Prozeß gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Stadthagen wurde gestern Nachmittag das Urteil gesprochen. Wegen des Sendarmenartikels wurde der Angeklagte freigesprochen, weil erwiesen sei, daß der Sendarm Klüßch mit dem Revolver geschlagen hatte. Wegen des zweiten Artikels sei, soweit es sich um Mißstände auf Polizeiwachen handelt, auch hier der Beweis gelungen. Der Gerichtshof nahm an, daß solche Mißstände tatsächlich herrschen. Im Nachsatz des Artikels aber werde dem Polizeipräsidenten unterstellt, daß er von diesen Mißständen gewußt habe. Darin sei ein Vorwurf der Pflichtwidrigkeit enthalten. Deswegen erkannte der Gerichtshof wegen Beleidigung des Polizeipräsidenten auf 300 M. Geldstrafe und Publikationsbefugnisse, sowie Vernichtung der Platten.

Berlin, 8. Okt. Die Gemahlin des Prinzen Albrecht von Braunschweig ist heute nachmittag 2 Uhr im Schloß Ramen gestorben.

Berlin, 8. Okt. Es ist neuerdings sehr wahrscheinlich, daß der Reichstag erst nach der Rückreise des Kaisers zusammentritt.

Potsdam, 8. Okt. Der Großherzog von Baden traf heute Vormittag 10 Uhr 9 Minuten hier ein und wurde von der Kaiserin, den Prinzen Eitel Friedrich und Oskar, dem Stadtkommandanten und dem Polizeipräsidenten empfangen. Nach herzlichem Begrüßung begab sich die Kaiserin und der Großherzog nach dem Stadtschloß, wo derselbe Wohnung nimmt.

Potsdam, 8. Okt. Der Kaiser fuhr heute Mittag 12<sup>1/2</sup> Uhr im offenen Dreispänner ohne Begleitung am

Stadtschloß vor, und stattete dem Großherzog von Baden einen Besuch ab, der etwa eine Stunde dauerte. Der Kaiser bezog sich sodann nach dem Marmorpalais, wohin der Großherzog 10 Minuten darauf in geschlossenem Wagen folgte.

Der Bundesrat ist am 6. Okt. zu seiner neuen Session zusammengetreten. Vor Eintritt der Versammlung in die Tagesordnung gedachte der stellvertretende Vorsitzende Staatssekretär Graf Posadowsky in bewegten Worten des Hinscheidens des Fürsten Bismarck, dem Heimgegangenen großen Staatsmanne einen ehrenvollen Nachruf widmend. Weiter gab Graf Posadowsky den Inhalt des Dankschreibens des Fürsten Herbert Bismarck an den Bundesrat anlässlich der seinerzeit erfolgten Trauerfeierlichkeiten bescheiden bekannt.

Ausland.

Paris, 8. Okt. Die Regierung läßt den hier weilenden russischen Oberst Prinz Louis Napoleon scharf überwachen. — Die Beziehung des Rabinetschef's Brisson zum General Zurlinden haben sich wesentlich gebessert, die erste Folge davon wird die unmittelbar bevorstehende Freigabe des Verlehrs Picquart's mit seinem Rechtsbeistand Sabori sein.

Paris, 8. Okt. Dem „Petit-Journal“ zufolge soll Dreyfus noch vor der Entscheidung des Kassationshofes nach Frankreich zurückgebracht und zuerst im Fort Bayard, dann nach dem Mont Valerien gebracht werden.

Paris, 8. Okt. Die ausständigen Erdarbeiter wiesen die von den Arbeitgebern gemachten Zugeständnisse zurück. Nachmittags verfuhr ein starker Trupp Ausständiger die Einstellung der Arbeiten auf dem Bauplatz in der Nähe der Wörse zu erzwingen, die auswärtige Polizei schritt ein und forderte die Menge zum Auseinandergehen auf, daraufhin zerstreuten sich die Ausständigen. Geßtern wurden etwa 150 Verhaftungen vorgenommen.

Paris, 8. Okt. Die durch die Streikbewegung geschaffene Situation wird allgemein als recht bedenklich angesehen, mehrfach wird die Ansicht ausgesprochen, daß die Bewegung von langer Zeit vorbereitet ist. Der Generaldirektor der Ausstellung erklärte, falls der Streik noch einige Zeit fortdauere, würden die Ausstellungsarbeiten nicht fertig werden.

Paris, 8. Okt. Eine Anzahl Gewerkschaften, namentlich Dachdecker, Zinkerbeiter, Bleiarbeiter, Steinschneider, Tischler, Zimmerleute, Tapezierer zc. beschlossen den Generalstreik.

Rom, 7. Okt. Der österreichische Minister des Auswärtigen, Graf Solachowsky hat, wie die „Agenzia Stefani“ meldet, dem italienischen Botschafter in Wien in einer Note mitgeteilt, Oesterreich-Ungarn begrüße die Initiative Italiens beifällig und werde sich auf der Konferenz zur Beratung der Maßnahmen gegen die Anarchisten vertreten lassen. Auch der französische Ministerrat hat sich der „Agenzia Stefani“ zufolge für die Teilnahme Frankreichs an der genannten Konferenz ausgesprochen.

Ratzen, 8. Okt. Das hiesige Bezirksgericht verurteilte den Prinzen Alexander Radziwill wegen Beleidigung eines diensthabenden Beamten zu 14 Tagen Arrest.

Marhus (Jütland), 7. Okt. Bei einer Artillerie-schießübung explodierte beim Laden eines Geschützes ein Geschöß. Daselbe schlug hinten heraus und brachte noch mehrere andere Geschöße, welche die Bedienungsmannschaft herbeibrachte hatte, ebenfalls zur Explosion. Ein Artillerist, welchem ein Arm ausgerissen wurde, blieb tot, sieben wurden schwer verwundet.

London, 6. Okt. Die „Evening News“ erfahren: Als sich der Sirdar Ritchener Fashoda näherte, feuerten die Senegalesen unter Marchand zwei Salven auf ihn, weil sie glaubten, auf den Booten seien die zurückkehrenden Derwische. Der Irrtum wurde jedoch nach rechtzeitig bemerkt, um weiteres Untervergessen zu verhüten. Als der Sirdar am Ufer entlang fuhr, sah er Marchand's Leute bereit zum Beschießen hinter Erdwerken. Das Blatt meint deshalb, es sei in der Downingstreet lange darüber debattiert worden, ob man die Depeschen aus Fashoda zur Presse mitteilen sollte. Auch seien die von Fashoda zurückkehrenden Truppen bis Kairo von Stabsoffizieren überwacht worden, so daß kein Soldat und kein Offizier einem Korrespondenten etwas mitteilen konnte.

New-York, 7. Okt. Der Newyork Herald meldet aus Manila, Artaquio, der frühere Gesandte Aguinalbos, sei auf Befehl der kaiserlichen Regierung in Manila erschossen worden. Die Spaltung der Partei nimmt schnell zu. Aguinalbos sei nur noch eine Puppe in den Händen der kaiserlichen.

Kanton in Ohio, 8. Okt. Georg Saxton, ein Bruder der Frau Mac Kinley, wurde gestern Abend auf der Straße erschossen. Eine der That verdächtige Frau wurde verhaftet.

Peking, 7. Okt. Die Herbeiführung von fremden Militärabteilungen nach Peking rief in den amtlichen Kreisen Unbehagen hervor. 3 der hervorragendsten Mitglieder des Tsungli-Yamen besuchten die Gesandtschaften und baten dort, die Befehle zur Entsendung von Truppen rückgängig zu machen, zugleich mit dem Hinweis, daß die Anwesenheit fremder Truppen möglicherweise die Bevölkerung erregen könnte. Vereinzelt Fälle von Ausschreitungen gegen die Europäer sind noch vorgekommen, doch wird denselben keine Bedeutung beigelegt. Eine Proklamation wird erlassen, welche jeden Chinesen, der Europäer insuliert, mit der Todesstrafe bedroht. — Die Gesandten machten dem Tsungli-Yamen bekannt, sie erwarteten jegliche Erleichterung für den Truppen-Transport und verlangten hierzu Sonderzüge.

Shanghai, 8. Okt. In der Chinesenstadt Hankau wütete am 1. ds. eine verheerende Feuerbrunst. Es wurden etwa 1000 Häuser zerstört, 1000 Menschen sollen umgekommen sein. Die Zerstörung erstreckte sich auf eine Fläche von beinahe 2 engl. Quadratmeilen.





